

Ehrenamt: Freiwillig zu Diensten ?

2011 ist das „Europäische Jahr der Freiwilligkeit“, und die Politik in der Bundesrepublik wird nicht müde, das soziale, ehrenamtliche Engagement der Bevölkerung zu beschwören. Mit dem Ende der Wehrpflicht wird nun auch noch ein neuer Bundesfreiwilligendienst ins Leben gerufen. Das wohlfeile Lob des Ehrenamts kritisiert **Claudia Pinl**

„Wir brauchen eine neue Kultur der Freiwilligkeit“, fordert Bundesfamilienministerin Kristina Schröder. Rettungsdienst bei der Bergwacht, Aufsicht in der Stadtteilbibliothek, Hausmeisterdienst im Altenheim, Besuchsdienste in Krankenhäusern und Heimen – Freiwilligenarbeit trägt in fast allen gesellschaftlichen Bereichen zur Funktionsfähigkeit des Ganzen bei. Ohne die Menschen, die sich in Deutschland ohne Erwerbsabsicht für andere einsetzen, wäre die Gesellschaft ein Ort großer sozialer Kälte; viele uns selbstverständlich erscheinende Einrichtungen und Dienstleistungen gäbe es nicht.

Rund 23 Millionen, ein Drittel der Bevölkerung über 15 Jahren, sind hierzu-lande ehrenamtlich tätig, von ein paar Stunden pro Jahr bis zu vielen Stunden in der Woche. In manchen EU-Ländern ist ihr Anteil sogar noch höher; dabei ragt Schweden mit etwa 50 Prozent engagierter Erwachsener besonders heraus.¹ Das scheint kein Zufall zu sein, denn Untersuchungen deuten darauf hin, dass die Bereitschaft zur ehrenamtlichen Betätigung umso größer ist, je besser die sozialen Sicherungssysteme ausgebaut sind und je weni-

ger Ungleichheit in einer Gesellschaft herrscht.

Hier zeigt sich jedoch ein Dilemma: Der Ruf nach bürgergesellschaftlichem Einstehen für Andere wird umso lauter, je mehr eine Gesellschaft sozial auseinanderdriftet. Das Echo jedoch wird leiser. So nahm die öffentliche Beschwörung des Ehrenamts in Deutschland seit 1989 beträchtlich zu. Unter Hinweis auf angebliche Sachzwänge der Globalisierung wurden seitdem viele Arbeitsplätze abgebaut und verlagert, Löhne gesenkt und der Arbeitsmarkt zugunsten der Unternehmer „dereguliert“. Parallel wurden staatliche Sozialleistungen und öffentliche Dienste eingeschränkt, und die Infrastruktur wurde vernachlässigt oder privatisiert, um den „schlanken Staat“ als weiteren Erfolgsfaktor im internationalen Wettbewerb zu positionieren. Die Folgen waren der Abbau sozialer und anderer staatlicher professioneller Dienste, der Anstieg der Arbeitslosigkeit und ein Verlust an sozialer Sicherheit.

„Postmoderne“ Gesellschaftsphilosophen bemühten sich, diese politisch gewollte Entwicklung als quasi naturgesetzlichen Wechsel von der „(Erwerbs-)Arbeitsgesellschaft“ zur „Tätigkeitsgesellschaft“ (Ulrich Beck) zu definieren. Mit der Ausweitung und Aufwertung des „Dritten Sektors“, des ehrenamtlichen Engagements und der

1 Auch in Großbritannien, Norwegen und den Niederlanden gibt es mehr Ehrenamtliche als in Deutschland. Die Unterschiede sind aber teilweise nicht vergleichbaren Erhebungsmethoden geschuldet.

Freiwilligenarbeit, soll der Ausfall bisheriger professioneller Dienste kompensiert und zugleich denjenigen, die ihren Erwerbsarbeitsplatz verloren hatten, neuer Sinn vermittelt werden.

» Nur wer sich gesellschaftlich integriert und zugehörig fühlt, leistet Freiwilligenarbeit «

Die Rechnung ging jedoch nicht auf. Nicht nur, weil die Erwerbsgesellschaft keineswegs tot ist, sondern auch, weil ehrenamtliche Arbeit ein bürgerliches Phänomen ist und bleibt. Denn nur wer sich gesellschaftlich integriert und zugehörig fühlt, leistet Freiwilligenarbeit, häufig aus dem Motiv heraus, der Gesellschaft etwas „zurückgeben“ zu wollen. Ein bezahlter Arbeitsplatz ist aber nach wie vor der wichtigste Integrationsfaktor.

Obwohl der Freiwilligensurvey, der regelmäßig im Auftrag der Bundesregierung erarbeitet wird, anzeigt, dass mehr Menschen als noch in den 90er Jahren grundsätzlich bereit wären, sich ehrenamtlich zu engagieren, ist die tatsächliche Engagement-Quote über die Jahre nur geringfügig gestiegen. Unter anderem wird dafür die alternde Bevölkerung, aber auch der gestiegene Zeit- und Leistungsdruck in Beruf und Ausbildung verantwortlich gemacht. Die Lücken, welche die Einsparungen beim öffentlichen Dienst, die Privatisierung und Ökonomisierung öffentlicher Aufgaben in der Kultur, im Gesundheitswesen, in der Pflege und im Bildungssystem hinterließen, bestehen aber weiter. Und um diese zu füllen, setzt man immer mehr auf Freiwillige.

In Deutschland verschärft sich die Situation durch die zum 1. Juli beschlossene Aussetzung der Wehrpflicht und den damit verbundenen Rückzug der „Zivis“. Die zurzeit noch 45 000 Zivildienstleistenden, die bundesweit in sozialen, kulturellen und Jugendeinrichtungen, in Krankenhäusern und Altenheimen

arbeiten, werden diese Arbeitsplätze im Laufe des Jahres räumen. Um Ersatz zu schaffen, führt die Bundesregierung einen neuen Bundesfreiwilligendienst ein, der auch Frauen und Älteren offensteht. Die Freiwilligen sollen nach den Vorstellungen von Bundesfamilienministerin Schröder in der Regel ein Jahr in den Einrichtungen arbeiten, die bisher Zivis beschäftigten – die Jüngeren in Vollzeit (wie bisher die Zivis), die Älteren wahlweise 20 oder 40 Stunden in der Woche. Die Freiwilligen erhalten freie Unterkunft, Verpflegung, eventuell Dienstkleidung und ein monatliches Taschengeld von maximal 330 Euro. 35 000 derartige Stellen wird der Bund mit 200 Euro im Monat bezuschussen.

Damit wird aber nur ein Teil des Bedarfs gedeckt, denn die Zahl der gemeldeten Zivildienststellen ist wesentlich höher. Auch ist noch unklar, wie attraktiv ein solcher Freiwilligendienst vor allem für jüngere Menschen ist, wenn sie, statt „zum Bund“ zu müssen, nach der Schule direkt einen Ausbildungs- oder Studienplatz besetzen können. Wahrscheinlich ist, dass sich wieder einmal eher der weibliche Teil der Gesellschaft verpflichtet fühlt, ein Lebensjahr dem Dienst am Gemeinwohl zu widmen. Jedenfalls arbeiten in den bislang schon bestehenden Diensten „Freiwilliges Soziales Jahr“ (FSJ) und „Freiwilliges Ökologisches Jahr“ (FÖJ) ganz überwiegend junge Frauen. Und der Charme des zivilen Ersatzdienstes bestand nicht zuletzt darin, dass viele junge Männer anschließend einen sozialen Beruf ergriffen haben, den sie ohne ihren Zivi-Status nie kennengelernt hätten.

Jugendfreiwilligendienste wie FSJ und FÖJ mögen ihre Berechtigung haben, um in der für junge Menschen schwierigen Zeit des Übergangs von Schule zu Ausbildung oder von Ausbildung zu Beruf Erfahrungen zu sammeln und Perspektiven zu entwickeln. Der geplante Bundesfreiwilligendienst ist dagegen ein Zwitter, dessen Sinn sich nur vor dem Hintergrund er-

schließt, dass man dringend Ersatz für die Zivis schaffen muss. Als Dienst für Jugendliche macht dieser den bestehenden Diensten wie FSJ, FÖJ oder dem Europäischen Freiwilligendienst Konkurrenz. Für Ältere gibt es bereits die vom Bund unterstützten, aber lokal organisierten „Freiwilligendienste aller Generationen“. Für Langzeitarbeitslose besteht ebenfalls bereits ein Parallelprogramm: Unter dem Stichwort „Bürgerarbeit“ läuft seit dem 1. Januar d. J. ein Modellprojekt des Bundesarbeitsministeriums, bei dem 34 000 Stellen „im gemeinnützigen Sektor“ geschaffen werden, die mit 900 Euro sozialversicherungspflichtig entlohnt werden.

In einer Anhörung zum neuen Freiwilligendienst vor dem Bundestagsausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Ende März bemängelten Experten die dadurch geschaffenen Doppelstrukturen: In ein und derselben Institution könnten in Zukunft nebeneinander Jugendliche mit einem FSJ-Vertrag arbeiten, Bundesfreiwillige, Langzeitarbeitslose als „Bürgerarbeiter“ und Ältere in einem der „Freiwilligendienste aller Generationen“, teilweise zu sehr unterschiedlichen Bedingungen. So entfällt für Bundesfreiwillige etwa, anders als für „FSJler“, nach aktuellem Stand das Anrecht auf Kindergeld.

Bemängelt wurde in der Anhörung auch, dass der neue Dienst im Unterschied zu den bestehenden Diensten ganz in der Regie des Bundes verbleibt und damit zivilgesellschaftliche Anliegen quasi verstaatlicht werden. Der Bundestagsabgeordnete der Grünen Kai Gehring vermutet gar, dass es sich beim Bundesfreiwilligendienst um eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für das bisherige Zivildienst-Bundesamt handelt, das jetzt zum „Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben“ mutiert.

Der zentrale politische Einwand ist jedoch die fehlende Arbeitsmarktneutralität des Dienstes. Allerdings ließ sich das auch schon über den bisherige

gen Zivildienst sagen. Denn eine große Anzahl der zuletzt von Institutionen und Verbänden gemeldeten 160 000 Zivildienststellen ist alles andere als arbeitsmarktneutral. Oder wie soll man den Dienst eines Zivis bewerten, der darin bestand, 40 Stunden in der Woche im Auftrag eines Wohlfahrtsverbands Essen auszufahren? Nicht nur die großen Wohlfahrtsverbände und andere gemeinnützige Institutionen sparten mit der Beschäftigung von Zivis hauptamtliche Stellen ein. Auch privatwirtschaftlich organisierte Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens konnten so ihre Personalkosten künstlich niedrig halten.

» Der neue Freiwilligendienst bestätigt die Tendenz zur ›Monetarisierung des Ehrenamts‹ «

Der Gesetzentwurf zum Bundesfreiwilligendienst gebietet zwar eine arbeitsmarktneutrale Ausgestaltung, das heißt die Freiwilligen sollen „unterstützende, zusätzliche Tätigkeiten verrichten“ und keinesfalls hauptamtliche Kräfte ersetzen. Eine Abgrenzung dürfte in der Praxis jedoch schwerfallen. „Unterstützende Tätigkeiten“ auf ehrenamtliche Kräfte zu verlagern, bedeutet auch eine Entwertung der Arbeit von Hauptamtlichen. Betroffen sind vor allem Frauen, die im Gesundheits-, Pflege- und Erziehungsbereich arbeiten. Viele, wenn nicht die meisten, haben diese Berufe einmal gewählt, um mit Menschen zu tun zu haben. Die Entlastung durch Freiwillige besteht vor allem darin, dass diese den Kranken, Kindern, Alten und anderen Hilfsbedürftigen die zwischenmenschliche Zuwendung geben, die früher integraler Bestandteil der Berufe von Altenpflegerinnen, Krankenschwestern oder Sozialarbeitern war.

Der neue Freiwilligendienst bestätigt, ebenso wie das „Bürgerarbeit“ genannte Projekt zur Integration Lang-

zeitarbeitsloser, die Tendenz zur „Monetarisierung des Ehrenamts“: Weil mit „klassisch“ Ehrenamtlichen² die Lücken nicht mehr zu füllen sind, die die Einsparungen hinterlassen haben, müssen neue Anreize auch finanzieller Art geschaffen werden. Der durch eine „Panorama“-Sendung im vergangenen Jahr bekannt gewordene Missbrauch der sogenannten Übungsleiter-Pauschale durch die Wohlfahrtsverbände passt ebenfalls in dieses Bild. Nebenberuflich/ehrenamtliche Trainerinnen und Trainer in Sportvereinen, aber auch Erzieher, Chorleiter oder Betreuerinnen dürfen bis zu 175 Euro im Monat steuerfrei einnehmen. Für dieses Geld jobben zahlreiche Hilfskräfte, vor

2 Zur begrifflichen Abgrenzung unterschiedlicher Formen der ehrenamtlichen Betätigung vgl. Claudia Pinl, Ehrenamt: Neue Erfüllung, neue Karriere. Wie sich Beruf und Öffentliches Ehrenamt verbinden lassen, Regensburg 2010.

allem Frauen, bei den Wohlfahrtsverbänden. So wird auf Dauer die soziale Grundversorgung wesentlich durch eine „monetarisierete“, teilweise scheinehrenamtliche, Randbelegschaft gestützt, statt in diesen Bereichen qualifizierte, gut bezahlte Stellen zu schaffen, mit Arbeitsstrukturen, die nicht vorzeitig zu Überlastung und Burnout führen.

Fest steht: Weder das klassische Ehrenamt noch die Freiwilligendienste oder ein monetarisierter Schein-Ehrenamt können auf Dauer die Lücken stopfen. Mittelfristig gibt es deshalb keine Alternative zu mehr Stellen und besserer Bezahlung für reguläres Personal in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Kultur und Bildung. Die Frage nach der Kostendeckung wird man freilich nicht beantworten können, ohne die rasant wachsende Einkommens- und Vermögensungleichheit in Deutschland ins Visier zu nehmen.



Heinz-J. Bontrup:
**Arbeit, Kapital
und Staat**

Plädoyer für eine demokratische Wirtschaftspolitik
4., erweiterte Auflage

Paperback | 649 Seiten
978-3-89438-326-8
28,00 Euro



Lucas Zeise:
**Geld – der vertrackte
Kern des Kapitalismus**

Versuch über die politische
Ökonomie des Finanzsektors | 2. Auflage

Paperback | 192 Seiten
978-3-89438-444-9
12,90 Euro

Die Alternative zu Profitexplosion und Sozialabbau: Eine Wirtschaft, die der allgemeinen Wohlfahrt dient und nicht den Reichtum einer kleinen Schicht erhöht. Wer wissen will, was der Begriff und das Konzept der Wirtschaftsdemokratie beinhalten, ist mit Heinz-J. Bontrups fundiertem Standardwerk bestens bedient.

Zur politischen Ökonomie des Finanzsektors und des Geldes: Anlässlich der Turbulenzen seit 2007 handelt Lucas Zeise die großen und kleinen Krisen des Kapitalismus ab – Inflation, Währungskrisen, Staatspleiten. Und er diskutiert, was notwendig wäre, um das Monster namens Finanzsektor zu bändigen.